

## **1 Gut ausgebildet in Sachsen-Anhalt**

2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt sehen den Bedarf das Berufsausbildungssystem in  
3 Deutschland zu verbessern und wir sehen die Möglichkeit auch in Sachsen-Anhalt etwas  
4 Wesentliches zur qualitativen Aufwertung beizutragen. Niemand darf auf dem Weg zur  
5 Berufsausbildung verloren gehen. Wir wollen jedem/r die Möglichkeit geben aus  
6 seinem/ihrem Leben das zu machen, was er oder sie sich vorstellt.

7

8 Seit Jahren wird über die tatsächlich dringend erforderlichen Erneuerungen des  
9 allgemeinbildenden Schulsystems diskutiert und Veränderungen als drängend angesehen.  
10 Auch wir haben dazu unsere Vorstellungen dargelegt. Dabei gerät die Berufsausbildung allzu  
11 leicht aus dem Blick des politischen und gesellschaftlichen Handelns. Nur bei den jährlich  
12 erscheinenden Zahlen der BerufsausbildungsabrecherInnen und bei der Bekanntgabe der  
13 Differenzen zwischen Ausbildungsplatz-Nachfrage und -Angebot wird aufgehört.

14 Eine gute Ausbildung bildet das Fundament für ein Leben mit Zukunft, für ein Leben  
15 mit Perspektiven, das nicht in der Sackgasse endet. Zudem brauchen wir gut ausgebildete  
16 Fachkräfte hier im Land. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass junge Erwachsene die  
17 Übergänge von der Schule in das berufliche Leben über Berufsausbildung oder Studium  
18 erfolgreich bewältigen können. Darüber hinaus muss Politik dafür sorgen, dass Jugendliche  
19 bessere Bildungsabschlüsse erreichen können als dies für viele heute möglich ist.

20 In der letzten OECD Studie vom September 2010 wird deutlich wo die Defizite in der  
21 Berufsausbildung in Deutschland liegen. In keinem anderen Bildungszweig kommen so viele  
22 Akteure und unterschiedliche Interessen zusammen wie in der beruflichen Bildung.  
23 Übergänge und Kooperationen sind daher das große Problem des Ausbildungssystems auch  
24 bei uns in Sachsen- Anhalt.

25 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen SchülerInnen in Sachsen-Anhalt eine  
26 Ausbildungsperspektive geben und die duale Ausbildung qualitativ den neuen  
27 Herausforderungen anpassen. Hierzu halten wir 11 Schritte für notwendig.

28

29 1. Wir sehen Handlungsbedarf schon in den allgemeinbildenden Schulen. Diese müssen  
30 zukünftig den SchülerInnen eine tatsächliche Berufsorientierung ermöglichen. Dies muss  
31 für alle Schulen ab der achten Klassenstufe gelten, also auch für die Gymnasien. Denn

## Endfassung beschlossen am 16.06.2011 durch: Landesfachgruppe Bildung

32 jede SchülerIn hat das Recht, sich beruflich für Ausbildung und Studium zu orientieren.  
33 Für eine tatsächliche berufliche Orientierung reicht ein 14tägiges Betriebspraktikum  
34 nicht aus. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN setzen sich für einen Diskurs der Schulen mit  
35 berufsbildenden Schulen und Ausbildungsbetrieben ein. So arbeiten alle gemeinsam  
36 dafür, dass in Zukunft in den Schulen eine tatsächliche berufliche Orientierung  
37 ermöglicht wird, z.B. neben Betriebspraktika durch dauerhafte Schul-  
38 Betriebkooperationen und polytechnische Unterrichtsanteile. Zudem wollen wir auch zur  
39 Berufsorientierung den Diskurs mit den Eltern suchen, die durch ihre eigene berufliche  
40 Tätigkeit eine wichtige Vorbildfunktion erfüllen können.

41 2. Zudem muss die Qualität der Allgemeinbildung soweit gestärkt und qualitativ verbessert  
42 werden, dass keinE SchülerInn ohne ausreichende Kenntnisse in den Basiskompetenzen  
43 die Schule verlässt. Diese Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen, wie sie in den  
44 Bildungsstandards definiert werden, müssen sichergestellt werden und müssen ein  
45 verbindliches Erfolgskriterium für allgemeinbildende Schulen darstellen.

46 3. Die mangelhafte Berufsorientierung führt zu Fehlentscheidungen und zur Berufswahl  
47 fernab von Interessen und Kompetenzen. In Sachsen-Anhalt befinden sich zu viele  
48 Jugendliche in endlosen Warteschleifen und nicht zukunftsweisende Bildungsbiografien  
49 entstehen. So ist es eine zentrale Aufgabe, Jugendliche zu einer Ausbildungswahl zu  
50 befähigen, die ihren Interessen und Kompetenzen entspricht. Gerade auch der  
51 Berufswahlprozess muss unterstützt und gefördert werden.

52 4. Leider ist es keine Seltenheit, dass Jugendliche nach der Schule erst einmal keinen  
53 Ausbildungsplatz in einem Betrieb finden und dann von Bildungsträgern aufgefangen  
54 werden. Diese Ausbildung kann sogar umfassender sein als eine vergleichbare im  
55 regulären Dualen System von Schule und Betrieb. Jedoch ist es durch die mangelnde  
56 Akzeptanz dieser meist zweijährigen Ausbildungsgänge schwer, anschließend einen  
57 regulären Arbeitsplatz zu bekommen. Die Folge ist häufig eine Schleife von  
58 Weiterbildungen, Aushilfsjobs, Ein-Euro-Jobs und Schulungen aller Art. Bis schlussendlich  
59 ein Lebenslauf entsteht, in dem durch aufgezwungene Weiterbildungsinstrumente kein  
60 roter Faden von Berufsinteressen und besonderen Kompetenzen mehr erkennbar ist.  
61 Diese jungen Menschen sind dadurch schwerer vermittelbar. Wir wollen diese  
62 Warteschleifenpolitik ablösen, indem wir junge Menschen systematisch und  
63 zielorientiert fördern. Hierzu müssen die laufenden Programme überprüft und die

## Endfassung beschlossen am 16.06.2011 durch: Landesfachgruppe Bildung

64 Schnittstelle von Kultus- und Wirtschaftsministerium optimiert werden. Das gesamte  
65 Übergangssystem bedarf einer verbesserten Koordinierung.

66 5. Bildungsträger müssen ebenso wie berufsbildende Schulen Qualitätskriterien  
67 entsprechen, die wir permanent evaluieren wollen. Bildungsträger und Schulen wollen  
68 wir dazu verpflichten, die Ergebnisse dieser Qualitätsanalysen zu veröffentlichen, um die  
69 Auswahl so zu erleichtern und einen Qualitätswettbewerb zu erreichen. Diese  
70 Evaluationen dürfen jedoch keinen großen bürokratischen Mehraufwand bedeuten und  
71 sind verständlich zu entwickeln. So können auch Betriebe bei der Wahl möglicher  
72 ArbeiternehmerInnen schnell überblicken, welche Qualitätsstufe die jeweilige  
73 Ausbildungsstätte erreicht. Eine bundesweite Vereinheitlichung ist anzustreben.

74 6. Sowohl das Grundrecht auf eine angemessene Ausbildung als auch die rückläufigen  
75 Ausbildungszahlen müssen dazu führen, dass alle Anstrengungen unternommen werden,  
76 um AusbildungsabrecherInnen eine Zukunft zu geben. Es ist eine individuelle wie auch  
77 gesellschaftliche Verschwendung von Lebenszeit, Geld und Anstrengung, ein oder gar  
78 zwei absolvierte Ausbildungsjahre nicht in der weiteren beruflichen Qualifizierung  
79 nutzen zu können. Wir wollen daher, dass alle absolvierten Ausbildungsschritte zeitnah  
80 dokumentiert werden, so dass sie in nachfolgenden Ausbildungen unkompliziert  
81 angerechnet werden können. Schon jetzt sind zahlreiche Ausbildungsberufe in Grund-  
82 und Fachstufen gegliedert. So dass es aus dem ersten Jahr der Grundstufe der  
83 Berufsausbildung theoretisch leicht sein sollte, in einen anderen Ausbildungsberuf zu  
84 wechseln. Dies wird in der Praxis durch komplizierte Anrechnungsverfahren aber unnötig  
85 erschwert. Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich auf Bundes- und Landesebene für die  
86 Qualifizierung mit Ausbildungsbausteinen ein. Mit DualPlus soll in Bausteinen  
87 ausgebildet werden. So haben AusbildungsabrecherInnen einen Nachweis, der sich durch  
88 Anrechnung in anderen Berufsausbildungen leicht verwenden lässt. Die Gesellschaft  
89 entlässt so niemanden ohne Perspektive und „verlorene“ Jahre durch nicht Interessen  
90 geleitete oder falsche Berufswahl.

91 7. Ein weiterer möglicher Grund für Abbruch der Ausbildung ist die Insolvenz des  
92 Ausbildungsbetriebes. Um diesen Jugendlichen, die unverschuldet ihren  
93 Ausbildungsplatz verlorenen haben, eine Perspektive zu geben und sie nicht in  
94 außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen kostenintensiv auszubilden, bedarf es

## Endfassung beschlossen am 16.06.2011 durch: Landesfachgruppe Bildung

95 eines, in anderen Bundesländern schon erprobten Unterstützungssystems für Betriebe,  
96 die Auszubildenden aus Insolvenzen übernehmen.

97 8. Für diejenigen, die ihre Ausbildung erfolgreich durchlaufen und abschließen, gibt es  
98 meist eine ernüchternde Erkenntnis, die bereits seit längerem durch BÜNDNIS 90 / DIE  
99 GRÜNEN und seit September 2010 auch in der OECD Studien zur Berufsbildung angemahnt  
100 wurde. Die in den berufsbildenden Schulen erbrachten Leistungen werden nicht in das  
101 Abschlusszeugnis der Kammern aufgenommen. Zur Aufwertung der schulischen  
102 Leistungen und für eine tatsächliche Verknüpfung der berufsbildenden Schulen mit der  
103 betrieblichen Ausbildung innerhalb des Dualen Systems, müssen die Noten der  
104 berufsbildenden Schulen als Teil der Abschlussnote verrechnet werden; in einer  
105 Übergangsphase kann dies durch Angabe auf dem Abschlusszeugnis schnell eingeführt  
106 werden.

107 9. Zur Stärkung der berufsbildenden Schulen sollten ihnen ebenso wie den Regelschulen  
108 pädagogische und finanzielle Freiräume und Budgets gegeben werden.

109 10. Keine gute Ausbildung ohne gute AusbilderInnen und LehrerInnen: Hierzu muss das  
110 Angebot der Zweifächer dringend erhöht und die Attraktivität des Lehramtsberufes  
111 verbessert werden. Die bestehenden Konzepte zur Umstrukturierung des Lehramts an  
112 berufsbildenden Schulen sind zu beobachten und Evaluationsergebnisse zu beachten, um  
113 die Qualität des Studiums zu verbessern. Eine stärkere Verzahnung des Studiums mit der  
114 Praxis sowohl in den berufsbildenden Schulen als auch mit Ausbildungsbetrieben scheint  
115 wünschenswert.

116

117